Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (OP/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ulrike Herrmann – Steuerdieb regiert Europa
2. Spionage-Streit alarmiert Top-Ökonomen
3. Studie: Reiche sind noch reicher als gedacht
4. Gustav Horn: Eine gerechte Erbschaftssteuer ist möglich
5. Anatomie einer angekündigten Katastrophe (Teil 1)
6. Europäische Währungsunion: Industrieproduktion schwächelt immer noch weit unter Vorkrisenniveau
7. David Milleker – Frankreich in der Zwickmühle
8. Banco Espírito Santo in Nöten: Der Spuk der Schuldenkrise
9. Wolfgang Münchau: Wenn Wirtschaft so einfach wie Fußball wäre
10. Skepsis unter Analysten nimmt zu
11. Nochmals: Fachkräfte finden keine Stelle
12. Amazons Lesertracking: Das Ende einer Illusion
13. Die Pillenmafia
14. Fashion Weak: Das System Primark und die globale Ausbeutung
15. Nigeria: Kampf um knappes Land

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ulrike Herrmann – Steuerdieb regiert Europa**
   Der neue Kommissionspräsident hat Europa massiv geschadet. Als Luxemburger Premier hat er sein Land zum Vorreiter der Steueroasen gemacht.
   Skandal ist ein Wort, das inflationär gebraucht wird. Aber diesmal trifft es genau: Es ist ein Skandal, dass ausgerecht Jean-Claude Juncker der EU-Kommission vorstehen wird. Denn niemand hat Europa mehr geschadet als dieser Luxemburger, der sein Heimatland gezielt zur Steueroase ausgebaut hat. Sein Geschäftsmodell ist ganz einfach: Man bietet Steuerkonditionen auf Ramschniveau – und bastelt sich damit einen internationalen Finanzplatz. Man klaut die Steuergelder seiner Nachbarn, um selbst reich zu werden.
   Luxemburg hat nur 550.000 Einwohner – besitzt aber Investmentfonds, in denen sich

2,2 Billionen Euro sammeln. Nur in den USA sind noch mehr Fonds zu Hause, wie der französische Ökonom Gabriel Zucman ausgerechnet hat.
Quelle: taz

Anmerkung JB: *Danke an Ulrike Herrmann für diese offenen Worte. Wie es auch anders gehen kann, zeigen die Grünen Europaabgeordneten Giegold und Albrecht in einer vor Opportunismus triefenden Erklärung. Und dabei ist Sven Giegold eigentlich bei den Grünen als Experte für europäische Steuermodelle bekannt. Wie so oft scheint der Wunsch, sich als „staatstragend" und „regierungsfähig" zu präsentieren, bei den Grünen sämtliche inhaltlichen Fragen zu überdecken und Kritik wegzuspülen.*

2. **Spionage-Streit alarmiert Top-Ökonomen**
In Deutschland mehren sich Stimmen, die wegen des Vorgehens der US-Geheimdienste das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA infrage stellen. Doch damit würde sich Deutschland wohl ins eigene Fleisch schneiden. Führende Ökonomen in Deutschland schlagen schon Alarm. Sie warnen vor den Folgen, wenn wegen des Spionagestreits das Freihandelsabkommen gekippt wird. „Der gegenwärtige Konflikt gefährdet jedoch das TTIP Abkommen noch stärker, als es eh schon ist", fügte der DIW-Chef hinzu. „Dies würde langfristig der deutschen Wirtschaft eine große Chance nehmen neue Märkte zu erschließen, und auch dem deutschen Konsumenten schaden." Eine Beeinträchtigung der ökonomischen Beziehungen wäre „nicht nur völlig unangemessen und verfehlt, sondern auch dumm, weil es beide schlechter stellt", sagte auch der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, Handelsblatt Online. „TTIP zu gefährden macht deshalb überhaupt keinen Sinn, denn es geht bei Freihandel immer darum, beiden Seiten Vorteile durch neue Möglichkeiten zu verschaffen." Hüther plädiert daher dafür, „jetzt die Anstrengungen für einen erfolgreichen Abschluss von TTIP zu erhöhen". Was für Deutschland mit TTIP auf dem Spiel steht zeigt auch eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung. Demnach würde unter den Europäern die Bundesrepublik zu den großen Gewinnern der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zählen. Das dürfte auch der Grund sein, weshalb bislang kein prominentes Regierungsmitglied die Verhandlungen trotz des aktuellen Konflikts mit den USA stoppen will.
Nicht umsonst wirbt daher die hiesige Wirtschaft, vom Industrieverband BDI über den Handelsverband BGA bis zum Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) besonders emsig für die Handelsvereinbarung. Entsprechend ist dort auch die Sorge besonders groß, dass über die aktuellen deutsch-amerikanischen Verstimmungen dieses Vorhaben ausgebremst wird. Doch selbst die Bundesregierung räumt ein:

Modellrechnungen haben ihre Tücken. Dennoch ist für die meisten Experten unstrittig: Wirtschaftlich würde sich das Abkommen für Deutschland rentieren. Doch die Schlüsselfrage ist inzwischen, ob das als Argument ausreicht.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung Orlando Pascheit: *Nun ja, was ist von den üblichen verdächtigen Dienstleistern von Kapital und Politik zu erwarten. Traurig ist halt, dass das Handelsblatt dieses Spiel rückhaltlos mitmacht: "Profitieren würde Deutschland nach Auffassung der meisten Experten auf breiter Front." Inzwischen müsste auch das Handelsblatt mitbekommen haben, dass bei einer Analyse der beiden CEPR-Studien, der ifo-Studie oder der Ecory-Studie (eine Befragung!) die zu erwartenden Gewinne äußert gering sind. Das Wachstum wird auf 0,3 bis 1,3 % geschätzt. Die Arbeitslosigkeit in der EU bleibt unverändert oder verringert sich um 0,42 Prozentpunkte. Und das soll sich über einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren einstellen. Die Argumentation ist die seit dem Binnenmarktprojekt die übliche: Durch einen Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen kommt es zu einer Umlenkung von Handelsströmen, zu mehr Konkurrenz und damit zu Kostensenkungen, die an die Konsumenten weiter gegeben werden. Bei der Bewertung der Gutachten sei auf die Studie der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung, Assessing the Claimed Benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) [PDF – 1 MB] und auf den schönen Beitrag von Jens Berger verwiesen, der der IFO- Studie für Bertelsmann (ein Hauptprofiteur von TTIP!) starke methodische Schwächen nachweist.*
Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass es Gustav Horn (IMK) überzeugend geling einen Zusammenhang zwischen der Spionageaffäre und TTIP herzustellen: „Das Verhalten der Amerikaner in Spionageangelegenheiten macht deutlich, dass sie ihre Interessen robust durchzusetzen versuchen. Das wäre auch in allen unliebsamen Regulierungsfragen so, auf die sie nach Inkrafttreten von TTIP Einfluss hätten." Wer das nicht wolle, müsse den Investorenschutz und die transnationale Regulierungsbehörde aus dem TTIP entfernen. „Hier wären klare Positionen seitens der Bundesregierung und der EU Kommission erwünscht."

3. **Studie: Reiche sind noch reicher als gedacht**
   Nun legt eine aktuelle Studie der Europäischen Zentralbank nahe: Die Reichen sind reicher als bisher angenommen. Die Armen somit jedoch auch ärmer. Zumindest in Amerika und Teilen von Europa. Schon die bisher bekannten Daten über die Verteilung des Reichtums haben für Diskussionen gesorgt. Dabei waren die wirklich Reichen bisher gar nicht vertreten, wie der Autor des Arbeitspapiers schreibt.

Bisherige Umfragen unter Bürgern wie „The US Survey of Consumer Finances (SCF)“ und „Eurosystem’s Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) würden eine gute Grundlage bieten, jedoch Reiche und Superreiche nicht einschließen. Der Abstand der „ärmsten“ Person auf der Forbes-Milliardärsliste zu dem reichsten Haushalt der bisher genutzten europäischen Umfrage ist riesig. In Deutschland hatte der reichste Haushalt in der bisher genutzten Umfrage 76 Millionen Euro. Laut Forbes-Liste besitzt aber allein die Familie von Karl Albrecht (Aldi) über 18 Milliarden Euro. Die Rücklaufquote der bisher genutzten Umfragen sei aus diversen Gründen wie Verschwiegenheit, Angst vor dem Fiskus oder Neidern oder Desinteresse gering. Bisherige Studien hatten angenommen, dass etwa ein Prozent der amerikanischen Privathaushalte über 30 Prozent des gesamten privaten Vermögens verfügen. Das ist wohl zu gering angesetzt, heißt es in dem Arbeitspapier der Europäischen Zentralbank. Würden „unberücksichtigte“ Daten ergänzt, stiege deren Vermögensanteil deutlich, schreibt Philip Vermeulen, leitender EZB-Volkswirt. Nimmt man die Reichen aus der Forbesliste dazu, steigt der Anteil in Amerika auf 35 bis 37 Prozent. In Deutschland von 26 Prozent bis 28 auf 32 bis 33 Prozent, in Frankreich von 18 auf 19 bis 20 Prozent, in Italien von 15 bis 16 auf 20 bis 21 Prozent.
Quelle: FAZ

Dazu: How Fat is the Top Tail of the Wealth Distribution? [PDF – 1.2 MB]

4. **Gustav Horn: Eine gerechte Erbschaftssteuer ist möglich**
Unternehmervertreter stapeln hier oft tief und spitzen dementsprechend zu: Angeblich ist auch durch den möglichen Liquiditätsabfluss durch Erbschaftssteuer die Existenz von Betrieben bedroht – auch wenn es in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik noch keinen einzigen Fall dieser Art gegeben hat. Gleichwohl ist das Argument ernst zu nehmen, begründet es doch die Sorgen vieler vor den vermeintlich schädlichen Wirkungen einer solchen Steuer. Ist also die Liquidität insbesondere von kleinen Unternehmen so angespannt, dass eine Belastung durch die Erbschaftssteuer sie in die Insolvenz treiben würde? Es gibt keine tragfähige Statistik, in der alle Betriebsvermögen korrekt erfasst sind. Es gibt also keine Beweise, aber eine Reihe von Indizien. Da ist zunächst einmal der Finanzierungssaldo aller Kapitalgesellschaften. Er gibt Auskunft darüber, ob die Unternehmen mehr verdienen als sie ausgeben und damit Geld ansparen oder Schulden machen. 2004 nicht mehr. Seither [2004] ist dieser Saldo mit Ausnahme des Krisenjahres 2008 immer positiv. Im vergangenen Jahr betrug er über 50 Milliarden Euro, also knapp zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Von diesem Geld könnte ein Unternehmen ohne Gefährdung seiner Existenz einen Teilbetrag an das Finanzamt abführen.

Nun mag man einwenden, dass die Zahlen allein durch Großunternehmen bestimmt würden und gerade die kleineren Firmen Schwierigkeiten hätten. Die Daten zeigen aber, dass gerade kleinere Unternehmen über ein besonders dickes Polster an Liquidität verfügen. Bei Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als zwei Millionen Euro ist es mit rund elf Prozent der Bilanzsumme nahezu doppelt so hoch wie bei Großunternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz. Ein weiteres Indiz liefert eine neuere Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Wegfall der Vergünstigungen für Betriebsvermögen das Steueraufkommen nur wenig erhöhen dürfte. Umgekehrt heißt dies, dass die betroffenen Unternehmen nur geringe Steuern zahlen müssten. Also kann auch die Gefährdung nur gering sein. – Aus alledem folgt, dass es keinen ökonomischen Grund gibt, Betriebsvermögen bei der Erbschaftssteuer zu bevorzugen. Alle Probleme, die sich aus dem geringen Liquiditätsgrad von Unternehmen ergeben könnten, lassen sich durch hinreichende Freibeträge und Stundungsregelungen auffangen. Man sollte bei diesen Erwägungen zudem nicht aus den Augen verlieren, dass Erbschaften leistungslose Einkommen sind, die auch noch sehr ungleich verteilt sind.
Quelle: Zeit Online

5. **Anatomie einer angekündigten Katastrophe (Teil 1)**
   Die Minierholung in Europa steht auf der Kippe. Für Heiner Flassbeck ist klar, die jüngsten Konjunkturdaten sind, „ohne jede Übertreibung, eine Katastrophe“. Liest man dagegen die neuesten Reports der Bankvolkswirte, herrscht ein anderer Tenor vor. Ja, es schwächt sich gerade ab, heißt es da (auch wenn man alle Sondereinflüsse beachtet, die nur vorübergehend die Industrie nach unten ziehen). Schon bald soll es aber weitergehen mit dem angeblichen Aufschwung. So sagen sie: Die USA, China und die EZB werden Europa schon wieder etwas nach oben pushen.
   Vielleicht wollen die Ökonomen bei ihren Kunden nur keine Panik schüren, wenn doch irgendwo Hoffnung besteht, dass die Euro-Wirtschaft noch den Dreh finden kann und weiter so dahin dümpeln darf wie bisher. Wie wir aber gleich sehen werden, sind die Hoffnungen doch sehr vage und könnten, wenn sie sich erfüllen sollten, früher oder später ebenfalls in eine Katastrophe münden. Schier unbegreiflich bleibt nur, warum den Kollegen in der deutschen Wirtschaftspresse das weitgehend alles nur als Randnotiz wahrnehmen, was sich da gerade zusammenbraut – allerdings überrascht das auch nicht weiter.
   Quelle: WeitwinkelSubjektiv
6. **Europäische Währungsunion: Industrieproduktion schwächelt immer noch weit unter Vorkrisenniveau**
   Heute hat das europäische Amt für Statistik, Eurostat, die Daten für die Industrieproduktion im Monat Mai vorgelegt. Sie ist in der Europäischen

Währungsunion (EWU) um 1,1 Prozent gegenüber Vormonat gesunken, in Deutschland um 1,4 Prozent. Ein "Wachstumsmotor", als den die Bundeskanzlerin erst Ende Juni die Rolle Deutschlands in der EWU "und der ganzen Europäischen Union" bezeichnete, ist auch die deutsche Industrie nicht.
Auch in allen anderen größeren Volkswirtschaften der EWU war die Industrieproduktion negativ: Frankreich: -1,3 Prozent; Italien -1,2 Prozent; Spanien: -0,9 Prozent.
In Griechenland stagnierte die Industrie, in Portugal sank die Produktion mit -3,6 Prozent beträchtlich.
Der Rückgang erstreckte sich in der EWU dabei über das gesamte Spektrum der Industrieproduktion: Vorleistungsgüter (-2,4%), Verbrauchsgüter (-2,2%), Gebrauchsgüter (-1,8%) und Investitionsgüter (-0,5%). Die Produktion im Energiesektor legte demgegenüber um drei Prozent zu.
Gegenüber Vorjahresmonat realisierte die EWU zwar immer noch mit 0,5 Prozent Wachstum ein leichtes Plus; die Graphik von Eurostat zeigt jedoch, dass die Industrieproduktion noch nicht einmal ihre Verluste seit Frühjahr 2011 – als die so genannten Rettungsschirme aufgespannt und die betroffenen Länder zu staatlichen Ausgabenkürzungen, Lohnsenkungen und Abbau von Arbeitnehmerrechten gezwungen wurden – wieder hereingeholt hat, nicht zu reden vom Vorkrisenniveau 2008.
Quelle 1: Wirtschaft und Gesellschaft

Quelle 2: Eurostat [PDF – 97.7 KB]

7. **David Milleker – Frankreich in der Zwickmühle**
   Inzwischen wird Frankreich immer häufiger als „kranker Mann Europas" tituliert. Ganz fair ist diese Begrifflichkeit nicht. Zwar liegt das Wirtschaftswachstum seit zwei Jahren nur knapp oberhalb der Stagnationsmarke, auch bei den Frühindikatoren schneidet unser westlicher Nachbar im europäischen Vergleich eher mau ab. Doch musste Frankreich bei weitem keinen so massiven Wirtschaftseinbruch verkraften wie Spanien oder Italien. Realistisch betrachtet, müssten diese Staaten erst mal drei bis vier Jahre lang deutlich stärker wachsen als Frankreich, um überhaupt wieder im relativen Vergleich auf das französische Niveau aufzuschließen. Blicken wir einmal ein paar Jahre zurück. Seit Einführung der gemeinsamen Währung war Frankreich so etwas wie der perfekte Durchschnitt der Währungsunion. … Durch die Euro-Krise haben sich jedoch die Rahmenbedingungen für Frankreich grundlegend verändert. Während die Lohnstückkosten dort wie auch hierzulande dem gleichen Trend folgen wie vor der Krise, gingen sie in den Krisenstaaten absolut zurück. Hier kommt nun das

typische Phänomen der Durchschnittsbildung zum Tragen: Ändert ein wesentlicher Teil der Grundgesamtheit seinen Trend, hat dies auch Rückwirkungen auf den Durchschnitt selbst. Mit der Anpassung in der Peripherie liegt Frankreich nun nicht mehr im Mittel, sondern am oberen Rand der Lohnstückkostenanstiege innerhalb der Währungsunion. Oder anders formuliert: Man macht nichts anders als vorher, aber die äußeren Rahmenbedingungen haben sich so geändert, dass man innerhalb des Währungsraums ständig an Wettbewerbsfähigkeit verliert.
Die Frage, wie man mit dieser Situation umgeht, ist aber je nach nationaler oder gesamteuropäischer Perspektive sehr unterschiedlich. Frankreich könnte natürlich über einen schwächeren Lohntrend versuchen, wieder seine Position im europäischen Durchschnitt einzunehmen. Das wäre eine rein nationale Perspektive. Sie käme aus gesamteuropäischer Sicht allerdings einem Abwertungswettlauf gleich. Während in einem flexiblen Wechselkurssystem ein solcher Wettlauf mit steigenden Raten des Preisauftriebs über importierte Inflation verbunden wäre, ist es im Rahmen einer Währungsunion ein Wettbewerb über möglichst starke Reduktion von Löhnen und Preisen mit der Konsequenz deflationärer Entwicklungen. Ein anzustrebender gesamteuropäischer Preisauftrieb gemäß dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank von „unter, aber nahe zwei Prozent“ rückt so in deutliche Ferne. Die zentrale Bezugsgröße ist schließlich hier, dass in einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht Lohnstückkosten und Inflationsrate sich etwa im Gleichschritt bewegen sollten. – Die Situation für Frankreich ist also alles andere als einfach. Eingeklemmt zwischen einem unveränderten Wirtschaftsmodell in Deutschland und massiven Lohn- und Preisanpassungen in den europäischen Krisenländern, bleibt Frankreich nur die Wahl zwischen schwächlichem Wachstum oder steigenden außenwirtschaftlichen Defiziten. Und ganz nebenbei wird die Entscheidung in Frankreich über seinen weiteren nationalen Weg auch eine maßgebliche Weichenstellung für die Zukunft der gesamten Währungsunion darstellen.
Quelle: Wirtschaftswunder

Anmerkung unseres Lesers J.Z.: *Die Argumentation von David Milleker, Chefvolkswirt bei Union Investment, dürfte NachDenkSeiten-Leser vertraut sein. Er verweist auf das positive Inflationsziel der EZB (unter, aber nahe zwei Prozent) und auf den Zusammenhang von Lohnstückkostenentwicklung und Inflationsrate. Milleker kritisiert implizit das auf “extremer Lohnzurückhaltung” basierende deutsche Wirtschaftsmodell und warnt vor einem deflationären Abwertungslauf in Europa, sollte sich nun auch Frankreich genötigt sehen, einen “schwächeren Lohntrend” anzustreben.*
An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, was ein Deflationsprozess tatsächlich

bedeutet. Der Ökonom Hans Gestrich hat dazu in seinem Werk "Kredit und Sparen" auf S. 30 festgestellt: "Die im Deflationsproze selbst entstandenen Verluste sind aber nicht korrigierbar, weder im Einzelfall noch im ganzen [sic]. Die Zeit, die nicht zum Produzieren ausgenutzt worden ist, ist unwiederbringlich verloren. (…) [S]o ist ein deflatorischer Prozeß doch durch die Tatsache belastet, daß gesamtwirtschaftliche Verluste einfach durch Untätigkeit entstehen. Die scharfe Verurteilung eines solchen Prozesses als dem eigentlichen Sinn wirtschaftlicher Tätigkeit widersprechend, hat also von vornherein starke Gründe für sich. Zunächst scheint es so, als ob der Sparer begünstigt wird. Aber in Wirklichkeit wird durch die Einkommensminderung und die Verluste von Unternehmern das laufende Sparen gehemmt; schließlich ist auch der Unternehmer ein potentieller Sparer ersten Ranges. Eigentlichen Gewinn haben beim Deflationsprozeß nur diejenigen Besitzer früherer Ersparnisse, die nicht gezwungen sind, sie wegen geminderten oder ausfallenden Einkommens zu verzehren, sowie die Bezieher fester Nominaleinkommen, die inmitten des Verfalles Ersparnisse bilden können."

8. **Banco Espírito Santo in Nöten: Der Spuk der Schuldenkrise**
   Die Regierung und die Zentralbank Portugals versuchen, internationalen Investoren die Angst vor einem Rückfall des Landes in die Krise zu nehmen. Beide versicherten am Freitag in Lissabon, die Einlagen bei der Großbank Banco Espírito Santo (BES) seien sicher. Spekulationen über einen Zusammenbruch des Bankkonzerns hatten zuletzt an den Märkten Sorgen vor einer neuen Kettenreaktion ausgelöst. – Dass eine einzelne, wenn auch eine der größten portugiesischen Banken, die Finanzmärkte so verunsichert, ist Beobachtern zufolge ein Zeichen, dass die Krise in Europa noch nicht überwunden ist, die Schulden und Defizite zu hoch sind, Strukturreformen fortgesetzt werden und die Banken Risiken weiter abbauen müssen.
   Quelle: Tagesspiegel

   ***Anmerkung Orlando Pascheit:** Man fragt sich, was der Tagesspiegel sich dabei denkt, im Zusammenhang mit der Krise einer Bank das übliche neoliberale Credo herunterzuleiern: "dass die Krise in Europa noch nicht überwunden ist, die Schulden und Defizite zu hoch sind, Strukturreformen fortgesetzt werden" und dann erst, dass "die Banken Risiken weiter abbauen müssen." Kein Wort davon, dass natürlich auch die Bankenaufsicht geschlafen oder weggeschaut hat. Man wird sehen, ob die Probleme des größten privaten Geldinstituts Portugals ein lokales Phänomen bleiben. Gemeldet wird, dass sich die in Luxemburg ansässigen Espírito Santo International (ESI), Rioforte (100-prozentige Tochter) und die ESFG (die BES ist Teil der Espírito Santo Financial Group) darauf vorbereiten, Gläubigerschutz zu beantragen.*

9. **Wolfgang Münchau: Wenn Wirtschaft so einfach wie Fußball wäre**
Verglichen mit der Weltkonjunktur ist eine Fußball-WM eine simple Angelegenheit. In einem so chaotischen System wie dem globalisierten Kapitalismus gibt es nur eine Sicherheit: Bereits kleine Ereignisse können das Gesamtsystem ins Wanken bringen. Bis vor wenigen Jahren tendierte auch die Konjunktur zur Stabilität. Fast alle wirtschaftlich bedeutenden Aktivitäten fanden im transatlantischen Raum statt waren bis auf eine Unsicherheitsmarge weitgehend prognostizierbar. Was diesen gemütlichen Status Quo beendet hat, ist die Globalisierung, vor allem die Globalisierung der Finanzmärkte. Zusammen mit miserabler Krisenpolitik brachte sie uns permanente finanzielle Instabilität. Ohne eine natürliche Tendenz zur Stabilisierung wäre die Wirtschaft vergleichbar mit einem chaotisch dynamischen System in der Physik, dass von Schock zu Schock strauchelt. Solche Schocks passieren in der Wirtschaft alle Nase lang. In der vergangenen Woche waren es die Probleme der portugiesischen Bank Santo Spirito, die uns für kurze Zeit den Hauch der Finanzkrise entgegenwehen ließen. Befände sich unsere Wirtschaft in einem stabilen Gleichgewicht, dann könnte uns eine portugiesische Bankkrise wenig anhaben. Auch Wladimir Putins Anschluss der Krim wäre dann zumindest kein weltwirtschaftliches Großereignis. In echten dynamischen Systemen hingegen haben selbst die kleinsten Ereignisse große Wirkungen, und bereits mittelgroße Ereignisse können das System zersprengen. Oder auch nicht. – Was kann man da machen? In einer solchen Situation ist es am besten, auf die Prognose ganz zu verzichten, und die Situation qualitativ zu verstehen. Für mich ist ein solches qualitatives Gedankenmodell in der Wirtschaft die sogenannte Bilanz-Rezession: Egal wie tief die Zinsen auch fallen, die überschuldeten spanischen Haushalte oder italienischen Banken versuchen, ihre Schulden abzubauen und sich zu sanieren. Sie reagieren nicht mehr auf die übliche finanziellen Anreize. Da das alle gleichzeitig machen, kommt es zu einem Rückgang der Gesamtnachfrage.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Orlando Pascheit: *Das Ende der "Stabilität" so dürftig zu erklären, schränkt Münchaus abschließende Ausführungen etwas ein. Man mag darüber streiten, ob Afrikas oder Lateinamerikas wirtschaftliche Aktivitäten in den 80ern bedeutend waren. Auf jeden Fall war das globale Kapital in die damaligen Schuldenkrise dieser Kontinente voll involviert – inklusive der schädlichen Rezeptur von Weltbank und IWF. Und natürlich geht es nicht einfach um die Globalisierung der Finanzmärkte, sondern vor allem um die Deregulierung des Finanzsektors in den USA und Europa. Ansonsten d'accord: "Der einzige Akteur, der in einem solchem Umfeld noch Kapazitäten hat, ist der Staat. Da sich im Euroraum die Staaten mit Schuldenbremsen und Fiskalpakten selbst begrenzen, ist es kein Wunder, dass die*

Erholung schwach ist.

10. **Skepsis unter Analysten nimmt zu**
Das vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) berechnete Barometer für die deutsche Wirtschaft ist im Juli den siebten Monat in Folge gesunken und notiert mit 27,1 Punkten auf dem tiefsten Stand seit Dezember 2012. "Die deutsche Konjunktur hat sich zuletzt eine kleine Delle eingefangen", sagte ZEW-Präsident Clemens Fuest. «Im Einzelhandel wurde weniger umgesetzt, zudem produzierte die deutsche Industrie weniger und verzeichnete geringere Auftragseingänge.» Der Rückgang der Konjunkturerwartungen spiegele die Ernüchterung darüber wider. "Dennoch bleibt der mittelfristige wirtschaftliche Ausblick in der Grundtendenz positiv", so Fuest.
Quelle: FuW

Anmerkung Orlando Pascheit: *Auch wenn man vielleicht nicht allzu viel von der Gefühlslage von 400 Analysten und institutionellen Anleger als Indikator hält, ist dieser anhaltende, sich verstärkende Pessimismus beachtlich. Was nun die Begründung betrifft, kann man das auch klarer ausdrücken: Wer da meint, dass jahrelange Massenkaufkraftverluste durch ein paar Pünktchen Reallohnerhöhung in eine starke Binnennachfrage – alljährlich zu Beginn des Jahres verkündet – umschlagen könnte, ist dumm bzw. verschaukelt uns. Natürlich ist der mittelfristige wirtschaftliche Ausblick wie immer in der Grundtendenz positiv.*

11. **Nochmals: Fachkräfte finden keine Stelle**
Quelle: FAZ

Anmerkung S.T.: *In den Hinweisen des Tages (15.07.2014) bin ich über Punkt 12 "Fachkräfte finden keine Stelle" (FAZ) gestolpert.*
Das, was in diesem Artikel beschrieben wird, lässt einem wirklich die Faust in der Tasche ballen. Und es lohnt sich, diesen in Gänze zu lesen. Am Anfang wird auf die Widersprüche zwischen Altersdiskriminierung und "Fachkräftemangel" hingewiesen. Dass dieser Mangel offenbar nur ein virtuelles Luxusproblem zu sein scheint, das zeigt auch das Beispiel der BWLerin, die die Branche wechseln möchte, aber als "fachfremd" bezeichnet wird.
Aber die Realität scheint mir, offen gestanden, viel schlimmer. Zumindest sagt mir das die Erfahrung in meinem Bekanntenkreis.
Da gibt es (noch) junge Ingenieure, die jahrelang im Ausland gearbeitet haben und gerne wieder in Deutschland arbeiten möchten, die bewerben sich bei Großunternehmen und können feststellen: Was deutsche Unternehmen einem mit

Blick auf Arbeitszeit(regelungen)/ Ausgleichstage, Urlaub, Bezahlung usw. anbieten ist größtenteils nur als schlechter Witz zu verstehen. Vergleichen Sie nur mal die Arbeitsbedingungen in Österreich mit denen in Deutschland. Ich kenne Fälle, in denen die Betroffenen hätten auf ca. 1.000,00 Euro Brutto verzichten müssen, um in Deutschland zu arbeiten – ohne (!) sichere Perspektive usw. usf. Hinzu treten der verwaltungstechnische Aufwand und die Zeit bis zum ersten Vorstellungsgesprächen usw.
Klar, das ist jetzt eine ganz andere Liga. Viele dieser Betroffenen sind nicht darauf angewiesen, in Deutschland zu arbeiten, und können im Ausland bleiben. Doch solange dies so ist und viele der hier ausgebildeten Fachkräfte ins Ausland gehen (müssen), weil dort bessere Bedingungen vorherrschen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir wirklich ein Fachkräfteproblem haben. Warum versuchen's die Verantwortlichen nicht mal mit einer so simplen wie bestechenden ökonomischen Logik und fragen sich: Mag der Mangel an Fachkräften nicht Ausdruck mangelnder Anreize sein?
Die letzte Frage stellt sich natürlich niemand: Denn wie das ALG II/ Hartz IV, so dient die Diskussion um Fachkräfte nicht etwa, dem Mangel beizukommen, sondern den Preis für die (Human-) "Ressource" Mensch zu senken. Wir haben keinen Mangel an Fachkräften, sondern einen Mangel an BILLIGEN Fachkräften. Das ist die ganze Wahrheit.
Ferner werden im Text offenbar ganz verschiedene Fachkräfte durcheinander gebracht. Einmal wird davon gesprochen, dass Führungsnachwuchs fehlt. Dafür habe ich keinerlei Verständnis, da m. E. genügend Personen für's Management existieren sollten und mit genügend Weitsicht m. E. auch fast jede Person darauf vorbereitet werden kann. Da muss deshalb auch niemand BWL studiert haben! Mir kann niemand erzählen, dass es in dem Bereich einen Mangel geben muss. Wenn, dann ist das wohl oder übel einem schlechten Personalmanagement geschuldet.
An anderer Stelle wird mit Blick auf Elektrotechnik vom Mangel an Fachkräften geschrieben. Da kann ich mir in der Tat vorstellen, dass Fachkräfte fehlen. Aber auch dort bin ich der Meinung, dass sich dies hätte über duale Ausbildung u. ä. vermeiden lassen.

Die Wahrheit ist doch auch hier, dass die Unternehmen gerne kostenlos gut ausgebildete und billige Arbeitskräfte abgreifen wollen. Statt selbst die entsprechenden Investitionen zu tätigen (duale Ausbildung usw.), wird lieber nach Pappa Staat gerufen oder dies den Arbeitskräften selbst überlassen (sozusagen als "Unternehmer in eigener Sache").
Wie kurz das Management offenbar denkt, zeigt sich auch an folgender Passage: „Doch der Projektmarkt ist laufenden Schwankungen unterworfen. Momentan sind es

gerade Embedded-Entwickler mit Erfahrung in der Automobilbranche, die händeringend gesucht werden. Erst vor wenigen Monaten hatten wir große Nachfrage bei Spezialisten im CAD-Bereich. Dies ist wieder deutlich abgeflacht“, beobachtet Ansgar Nagel, Leiter Vertrieb bei Solcom in Reutlingen.
Da steckt doch schon das Problem im Begriff “Projektmarkt”. Vielleicht wollen diese Fachkräfte eben nicht nur für die Dauer eines Projektes angestellt sein? Sicherheit, Familie usw. … das scheinen diese Verwantwortlichen nicht mehr auf dem Schirm zu haben.
Wenn es heißt, dass die Nachfrage nach “Teilzeitkräften” steigt, dann liegt doch gerade da die Keimzelle für einen “Fachkräftemangel” … Wer will schon nach jahrelangem und hartem Studium als Teilzeitkraft enden? Und was heißt überhaupt “Teilzeitkraft”? Ist das nicht eher sogar verlogen? Denn gesucht werden doch eigentlich nicht wirklich “Teilzeitkräfte”, sondern Personen, die für einen kürzen Zeitraum einen Vollzeitjob erledigen. Wer’s nicht glaubt, kann ja mal im Unternehmen nachfragen, ob das eigene Arbeitspensum auf 2/3 gesenkt werden kann. Meine Vermutung ist, dass die Verantwortlichen alles andere als Luftsprünge machen werden …

12. **Amazons Lesertracking: Das Ende einer Illusion**
Amazon als größter Anbieter von elektronischen Lesegeräten hält, wie in den meist auch nicht gelesenen Nutzungsbedingungen mitgeteilt, „Informationen zu den digitalen Inhalten auf Ihrem Kindle und anderen Geräten sowie zur Nutzung der digitalen Inhalte durch Sie bereit (z. B. zuletzt gelesene Seite und Archivierung von Inhalten, Anmerkungen, Lesezeichen, Notizen, Markierungen oder ähnliche Kennzeichnungen, die Sie mit Ihrem Gerät oder Ihrer Lese-App vornehmen“). Der amerikanische Mathematikprofessor Jordan Ellenberg hat sich jetzt den Spaß gemacht, anhand dieser allgemein zugänglichen Informationen zu berechnen, wie viele der bei Amazon meistgekauften Bücher nicht zu Ende gelesen werden. Seine Kalkulation beruht auf der Hypothese, dass Markierungen über das ganze Buch gestreut sein sollten, wenn der Leser bis zum Schluss durchgehalten hat. Ellenberg nennt seine Methode, die Seitenzahlen der fünf gekennzeichneten Passagen eines Buches zu addieren, den Durchschnitt zu ermitteln und diesen durch die Seitenzahl des ganzen Buches zu dividieren, den „Hawking-Index“, nach der Behauptung, dass Stephen Hawkings Bestseller „Eine kurze Geschichte der Zeit“ das am wenigsten gelesene Erfolgsbuch sei. Nach dieser Methode hat Ellenberg ermittelt, dass die Leser tatsächlich nur 6,6 Prozent von Hawkings Buch lesen. Damit liegt der Physiker aber noch deutlich vor dem Ökonomen Thomas Piketty, in dessen vieldiskutiertem Erfolgsbuch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ die letzte überhaupt markierte Stelle auf

Seite 26 – das entspricht 2,4 Prozent des Buchumfangs – zu finden ist. – Ellenbergs spielerische Untersuchung beruht, wie er selbst zugibt, auf einer höchst unwissenschaftlichen Methode. Sie diene nur der Unterhaltung. Amazon aber ist im Besitz der Daten. Dort wird Ernst gemacht mit dem Geschäft der Unterhaltung.
Quelle: FAZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Die FAZ scheint sich darauf zu kaprizieren, wie viele Bücher nicht zu Ende gelesen werden. Da halte ich es lieber mit John Maynard Keynes: „Ein Leser sollte eine breite allgemeine Bekanntschaft sozusagen mit Büchern als solchen erwerben. Er sollte sich ihnen mit allen Sinnen nähern; er sollte ihren Geruch kennen und wissen, wie sie sich anfühlen…. Er sollte mit mehr Büchern leben, als er liest, umgeben von einer Aura ungelesener Seiten, deren allgemeiner Charakter und Inhalt ihm doch bewusst ist.“ – Wichtiger und weitaus bedenklicher ist die Feststellung am Ende des Artikels: “Amazon aber ist im Besitz der Daten. Dort wird Ernst gemacht mit dem Geschäft der Unterhaltung.” Und natürlich geht das noch weiter. Wenn Sie in Ihrem Browser verhaltensbasierte oder interessenbasierte Werbung zulassen, so können beim Besuch anderer Webseiten, Informationen zu den Produkten, die auf der Amazon angesehen wurden, erscheinen. Ich gehe davon aus, dass Amazon, dann auch weiß, dass Sie z.B. im Focus oder in der Huffington Post einen Artikel über die Absetzbarkeit von Scheidungskosten gelesen haben. Das Psychogramm der Amazonnutzer wird immer präziser. Ganz abgesehen davon, dass Facebook meistens auch dabei ist. Ach übrigens, die Beteuerungen von Amazon, dass man die NSA nicht bediene, sind veraltet. Per Gerichtsbeschluss in den USA müssen alle Daten von US-amerikanischen Anbietern an die NSA geliefert werden. Anbieter wie Google, Microsoft oder Amazon müssen auf Anforderung private Daten wie E-Mails oder Suchverläufe an US-Behörden weitergeben. Und zwar auch, wenn sich das Unternehmen gar nicht auf amerikanischem Grund befindet. – Die NSA weiß wahrscheinlich schon auf den Monat genau und vor Ihnen selbst, wann Sie sich von Ihrem Partner scheiden lassen werden.*

13. **Die Pillenmafia**
Die organisierte Kriminalität hat den Medizinhandel entdeckt. Obwohl nichts so streng kontrolliert wird wie das Geschäft mit Arzneimitteln: Der Sparzwang der Kassen ebnet den Kriminellen den Weg.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Ein interessanter Artikel, der dazu angetan ist, gerade für Schwerkranke (Krebs) das Schlimmste zu befürchten. Leider vermischt der Artikel zwei verschiedene Aspekte. Die Fälschung von Medikamenten und den*

Diebstahl von Medikamenten in Italien und die Verteilung im europäischen Markt.

14. **Fashion Weak: Das System Primark und die globale Ausbeutung**
Insbesondere Handelsketten stehen im Fokus des öffentlichen Interesses, die dem Bereich der »Fast Fashion« zugeordnet werden können. Mit schnellen Kollektionswechseln und »vertikal« organisierten Produktionsketten reagieren diese auf die aktuellsten Modetrends und bieten entsprechende Artikel zu niedrigsten Preisen an. Im Gegensatz zum alten Modell der Boutique, die ihr Sortiment von verschiedenen Modemarken bezieht und den Großteil der Ware für jede Saison vorbestellt, ist eine vertikal organisierte Wertschöpfungskette extrem effizient. Zunächst wird geschaut, was der allerneueste Trend ist, um diesen dann zu kopieren und möglichst rasch in die eigenen Läden zu hängen. Primark ist lediglich der zurzeit konsequenteste Vertreter einer Entwicklung, die bereits in den neunziger Jahren mit H & M und Co. begonnen hat. Waren damals noch vier bis sechs Kollektionswechsel pro Jahr ein Novum, wird das Angebot heutzutage bis zu zwölf Mal komplett ausgetauscht. Während die Pro-Kopf-Ausgaben für Kleidung seit 30 Jahren stagnieren, ist die Anzahl der gekauften Teile in dieser Zeit gestiegen. Marktanteile gewinnt, wer den Wunsch nach angesagten Outfits am billigsten bedient. … erzeugt das von Primark nur auf die Spitze getriebene Konsummodell extreme Probleme. Der Anbau von Baumwolle verbraucht immense Mengen an Wasser und Pestiziden. Fast 25 Prozent der weltweit eingesetzten Insektizide gelangen auf Baumwollfelder. Zur Ertragssteigerung werden mittlerweile fast überall gentechnisch veränderte Pflanzen eingesetzt, um zum Beispiel noch wirksamere Pestizide verwenden zu können. Seit 2004 ist die Menge an Textilmüll weltweit um etwa 25 Prozent gestiegen – in Großbritannien spricht man wegen der wachsenden Müllberge bereits vom »Primark-Effekt«.
Quelle: Jungle World

Anmerkung Orlando Pascheit: *Ein Bericht, der wenigstens nicht verschweigt, dass die Bemühungen um faire und transparente Lieferketten nur marginale Verbesserungen zeitigen. Erst wenn dies begriffen wird, entstehen vielleicht neue Strategien gegen diese Ausbeutung von Menschen und ihrer Lebensgrundlage, gegen diesen Irrsinn, den wir freundlich Konsum nennen.*

Siehe auch: Erst kommt die Fashion, dann die Moral: Die Eröffnung der neuen Primark-Filiale in Berlin

15. **Nigeria: Kampf um knappes Land**
Die Spannungen zwischen Christen und Muslimen in Nigeria werden fälschlicherweise

oft als Religionskonflikte beschrieben. Tatsächlich geht es bei den Auseinandersetzungen jedoch um ganz weltliche Dinge – wie die gegensätzlichen Landinteressen von Bauern und Viehhirten. Die Fulani ziehen bereits seit vielen Hundert Jahren durch die Region. Ebenso lange wird Landwirtschaft betrieben. Doch Nigeria platzt mittlerweile sprichwörtlich aus allen Nähten. 170 Millionen Einwohner soll Afrikas Riesenstaat heute haben. Täglich werden es mehr, was auch die Fulani spüren. “In ganz Nigeria haben wir einfach kein Land mehr für unsere Kühe. Unser Land wird ja nicht größer. Aber es gibt immer mehr Kühe und immer mehr Fulani. Und die Bauern wollen sich auch ständig vergrößern, obwohl es die Flächen nicht hergeben. Das ist unser Problem.” Früher, so berichten Farmer und Viehhirten übereinstimmend, ließen sich Konflikte problemlos regeln. Zerstörte eine Herde ein Feld, erhielt der Farmer eine Entschädigung. Mitunter forderte er die Viehhirten auch nur auf: Passt zukünftig besser auf eure Kühe auf! Doch das ist vorbei
Quelle: Deutschlandradio [Audio – mp3]

Anmerkung Orlando Pascheit: *So wichtig es ist, Nigerias Probleme bei 250 ethnischen Gruppierungen und Stämmen mit jeweils eigenen Sprachen nicht auf Religionskonflikte zu reduzieren, die Erklärung des Sicherheitsberaters des nigerianischen Präsidenten verharmlost die Anschläge der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram.*